



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban, Ursula Sowa, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Herausforderung Klimawandel – Walderhalt jetzt VI: Öffentliche Bauten mit Vorbildfunktion

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich eine Selbstverpflichtung aufzulegen, Neu- und Umbauten sowie energetisch-gestalterische Modernisierungen im staatlichen Hochbau soweit wie möglich in moderner Holz- oder Holzhybridbauweise zu erstellen und für konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendigen Bauteile vorrangig Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen (regional und zertifiziert) einzusetzen,
- für den staatlich geförderten kommunalen Hochbau Nachhaltigkeitskriterien zu entwickeln und die Förderung dahingehend anzupassen, dass für den Einsatz von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen (regional und zertifiziert) zusätzliche Zuschüsse gewährt werden,
- Musterausschreibungstexte für Gebäude in Holz- oder Holzhybridbauweise für den staatlichen Hochbau, kommunale und institutionelle Bauherren zu entwickeln.

Begründung:

Öffentliche Bauten stehen in herausragender Weise im Blickfeld der Allgemeinheit. Dem Bereich Hochbau der Staatsbauverwaltung kommt daher eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion zu. Mit der Klimaschutzoffensive hat sich die Staatsregierung u. a. auferlegt, künftig auf mehr Holzbau zu setzen. Diese Absichtsbekundung gilt es nun mit konkreten Maßnahmen umzusetzen, zumal mit dem angekündigten Klimaschutzgesetz ein verbindlicher rechtlicher Rahmen für die staatliche Verantwortung beim Klimaschutz geschaffen werden soll. Durch die Weiterentwicklung des Holzbaus kann maßgeblich dazu beigetragen werden, die auferlegten Klimaziele zu erreichen. Damit der Freistaat als Bauherr die Potenziale des innovativen Holzbaus noch stärker für seine eigenen Gebäude nutzt, sollen staatliche Hochbauten weitestgehend in moderner Holz- oder Holzhybridbauweise erstellt und konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendige Bauteile vorrangig aus Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen verwendet werden. Aber auch den Kommunen kommt beim Hochbau eine Schlüssel- und Vorbildfunktion zu. Um das Bewusstsein für nachhaltiges Bauen zu schärfen und zukunftsverträgliche Bauweisen voranzutreiben, soll die Förderung des Staates für den kommunalen Hochbau den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens Rechnung tragen. Neben der Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien kann durch die

Förderung des Einsatzes von nachwachsenden Baustoffen die Holzbauquote im öffentlichen Sektor deutlich erhöht werden. Die Entscheidung für die Art der Konstruktion und somit für den Baustoff fällt bereits in der Planungsphase. Um die Möglichkeiten der Festlegung von Umweltkriterien im aktuellen Vergaberechts auszuschöpfen und optimal umzusetzen, sollen Musterausschreibungstexte für Gebäude in Holz- oder Holzhybridbauweise für den staatlichen Hochbau, kommunale und institutionelle Bauherren entwickelt werden.